

INFOPAPIER ZUR EU-LIEFERKETTENRICHTLINIE

In den vergangenen Wochen wurde politisch intensiv über den Vorschlag der Europäischen Kommission zu einer Lieferketten-Richtlinie diskutiert. In der vorliegenden Form ist die Richtlinie für uns nicht zustimmungsfähig, sie müsste grundlegend geändert werden. Das vorgesehene Regelwerk ist in erster Linie ein teures Misstrauensvotum gegen die Wirtschaft – vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen. Jedes Lippenbekenntnis zum Bürokratieabbau würde ad absurdum geführt, wenn gleichzeitig immer neue bürokratische Richtlinien ohne Mehrwert beschlossen werden, um dem symbolischen Drang einiger weniger zu genügen. Unsere Vorbehalte sind im Übrigen nicht neu.

Die Richtlinie würde in der aktuellen Form die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Wirtschaft bedrohen, ohne einen nennenswerten Mehrwert für Menschenrechte und Umwelt zu leisten. Das ist gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten das absolut falsche Signal! Wir Freie Demokraten wollen hingegen für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen und wenden uns gegen alles, was dem zuwider läuft - egal, auf welcher Ebene die Vorschläge aufkommen.

Die für heute geplante Abstimmung über die EU-Lieferkettenrichtlinie wurde vertagt. Das zeigt, dass es im Rat keine hinreichende demokratische Mehrheit dafür gibt. Neben Deutschland war auch aus vielen weiteren Mitgliedsländern deutliche Kritik zu vernehmen.

Worum geht es?

Als Freie Demokraten setzen wir uns in Deutschland, Europa und der Welt für Freiheit, den Schutz der Menschenrechte, Wohlstand und eine starke Wirtschaft ein. Um dieses Ziel zu erreichen müssen Politik und Wirtschaft Hand in Hand arbeiten und Erwartungen dort adressieren, wo sie auch erfüllt werden können.

Die Idee, mit der EU-Lieferkettenrichtlinie Menschenrechte zu stärken, Arbeitnehmerrechte zu garantieren und die Umwelt besser zu schützen, ist gut gemeint. Die Umsetzung verfehlt jedoch leider ihr Ziel. Man kann von Unternehmen nicht erwarten das zu schultern, was politisch unter Staaten nicht gewährleistet werden kann. Als regierungstragende Fraktion mit Verantwortungsbewusstsein unseren Bürgern und Unternehmern gegenüber sehen wir durch eine Neuregelung dieser Art eine überdimensionierte Bürokratieflut für den deutschen Mittelstand ohne nennenswerten Mehrwert, im Gegenteil.

Nachdem wir von Beginn an im europäischen Prozess Bedenken angemeldet und auch die mahnenden Stimmen aus der Wirtschaft vernommen haben, haben sich Bundesfinanzminister Lindner und Bundesjustizminister Buschmann vergangene Woche auch öffentlich für eine Ablehnung der Richtlinie ausgesprochen. Die Wahrscheinlichkeit massiver wirtschaftlicher Schäden durch einen unausgegorenen Regelungsvorschlag war schlicht zu hoch. Im Ergebnis können wir Freie Demokraten der vorliegenden Richtlinie somit nicht zustimmen. Die Entscheidung ist richtig und beruht auf einer genauen Analyse des Verhandlungsergebnisses. Deutschland hätte sich heute bei der Abstimmung enthalten, was im Ergebnis wie eine Nein-Stimme zählt.

Warum lehnen wir Freie Demokraten die Richtlinie ab?

1) Die Richtlinie verkennt die geopolitische Situation und die aktuelle wirtschaftliche Lage

Die Welt, in der wir heute leben, ist nicht mit der Welt zu vergleichen, in der die Lieferkettenrichtlinie erdacht wurde. Der Krieg Russlands in der Ukraine und eine zunehmende Spannung zwischen den USA und China haben auch zu einer wirtschaftlichen Zeitenwende geführt. Deutsche Unternehmen, insbesondere der Mittelstand, brauchen wirtschaftliche Diversifizierung, um sich im globalen Wettbewerb resilient aufzustellen zu können. Eine Richtlinie, die zu einem Rückzug aus bestimmten Regionen zwingt, ist aus der Zeit gefallen. Wir brauchen dringend mehr internationale Partner und nicht weniger.

2) Die Richtlinie schafft Unmengen an Bürokratie

Die europäische Richtlinie geht weit über das deutsche Lieferkettengesetz der Merkel-Ära hinaus. Mit der Umsetzung der Richtlinie kämen zusätzliche Bürokratiekosten von ca. 100 Mio. Euro pro Jahr auf Unternehmen in Deutschland zu. Gerade die Mittelständler wären von dieser Bürokratie überproportional betroffen. Anders als Großunternehmen haben sie oft keine Kapazitäten, um die komplizierten Regelungen und Berichtspflichten umzusetzen. Statt teurer und aufwändiger Audits sollten sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten lieber in die Zukunft investieren können. Aufgrund des fehlenden KMU-Schutzes wäre zudem zu befürchten, dass auch Unternehmen unter der Bürokratie leiden würden, die gar nicht direkt erfasst sind, weil Vorgaben entlang der Lieferbeziehungen weitergereicht werden können.

3) Die Richtlinie ist handwerklich schlecht gemacht

Der Anwendungsbereich der Richtlinie geht ebenfalls weit über das für Unternehmen in Deutschland ab 1.000 Beschäftigte geltende Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz hinaus - konkret für Unternehmen ab 500 Mitarbeitern (150 Mio. Euro weltweiter Umsatz) und Unternehmen aus Risikosektoren ab 250 Mitarbeitern (40 Mio. Euro weltweiter Umsatz, davon 20 Mio. Euro im Risikosektor). Damit träfe die Richtlinie explizit den industriellen Mittelstand in Deutschland. Unternehmen sollen nicht nur für ihre direkten Zulieferer, zu denen eine Vertragsbeziehung besteht, sondern für die gesamte Wertschöpfungskette Verantwortung übernehmen. Ein solcher Anwendungsbereich ist besonders bei komplexen Produkten völlig realitätsfern. Die Richtlinie würde die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft bedrohen, da neben Bußgeldern auch erstmals explizite Haftungsregelungen hinzukämen und umweltrechtliche Anforderungen erheblich verschärft würden.

4) Bei der Umsetzung droht ein Kollateralschaden für die Menschenrechte

Grundsätzlich sind Staaten für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Durchsetzung ihrer Gesetze verantwortlich. Unternehmen sind für die Einhaltung von Gesetzen und Standards in ihrem direkten Einflussgebiet zuständig. Diese grundlegende Aufgabenteilung wird durch die Richtlinie in Frage gestellt. Unternehmen sollen also für staatliche Ziele in Haftung genommen werden, weil staatliche Diplomatie bisher nicht die gewünschten Ergebnisse erzielen konnte. Diese Verantwortungsverlagerung lehnen wir grundsätzlich ab.

Die Richtlinie droht sogar ihr Ziel zu konterkarieren. Unternehmen würden durch weitreichende Haftungsregeln für sie nicht kontrollierbaren Risiken ausgesetzt. Wenn sich Unternehmen deshalb aus Sorge vor Strafzahlungen aus den Ländern zurückziehen, die von Investitionen aus Deutschland am meisten profitieren würden, ist niemandem geholfen – im Gegenteil. Es ist davon auszugehen, dass die Marktlücke, die europäische und deutsche Unternehmen hinterlassen, vielfach von jenen Staaten gefüllt wird, die sich nicht an hohe Standards gebunden fühlen. Das wäre ein Bärendienst für Menschenrechte, Arbeitsstandards und Umweltschutz. Die teure Bürokratie der Richtlinie kann zusammen mit den überzogenen Haftungsregelungen einen echten Kollateralschaden für die Menschenrechte erzeugen.

Was wollen wir stattdessen?

Wer wirklich etwas verändern will, handelt nach dem Motto "stay and improve" anstatt "cut and run". Denn verantwortungsvolles Unternehmertum respektiert Menschenrechte und Umwelt. Vielen Anlegern und Aktionären ist daran gelegen, nachhaltige Standards zu verfolgen. Aktivitäten von Unternehmen werden aufgrund der starken Nachfrage auch immer transparenter. Deutsche und europäische Unternehmen können vor Ort viel Gutes bewirken. Ziehen sie sich zurück, haben sie auch keinen positiven Einfluss mehr auf Arbeitsbedingungen, Ausbildung, Umweltstandards und Gesundheitsversorgung.

Freier Handel mit der EU und Deutschland ist für die meisten Entwicklungsländer ein riesiges Aufstiegsversprechen und nützt den Menschenrechten mehr als jede staatliche Entwicklungshilfe. Das Ziel der EU-Lieferkettenrichtlinie müsste es sein, dass es Unternehmen einfacher gemacht wird, ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachzukommen. Es ist sinnvoller für ganz bestimmte Verstöße gegen die Menschenrechte passgenaue Antworten zu finden, als alle Unternehmen aller Branchen unter einen Generalverdacht zu stellen.

Welchen Falschbehauptungen wollen wir entgegentreten?

1) Vorwurf "Die FDP hat eine Kehrtwende hingelegt und damit dem Ansehen Deutschlands in der EU geschadet!"

Im Koalitionsvertrag haben wir gemeinsam vereinbart, ein "wirksames EU-Lieferkettengesetz zu unterstützen, "das kleinere und mittlere Unternehmen nicht überfordert". Allen Koalitionspartnern waren unsere Bedingungen für eine Zustimmung frühzeitig bekannt. Bereits im Herbst 2022 hat Deutschland sogar eine Protokollerklärung mit klaren Bedingungen für eine Zustimmung abgegeben, die nicht erfüllt wurden. Hinzu kommt, dass wir im gemeinsamen Belastungsmoratorium festgehalten haben, unverhältnismäßige Bürokratie zu vermeiden. Eine Positionierung konnte erst auf Basis des finalen Verhandlungsergebnis erfolgen. Und das widerspricht eindeutig den Maßgaben des Koalitionsvertrages und verstößt gegen das Belastungsmoratorium. Es ist richtig, dass sich die FDP an das Wort der Bundesregierung gegenüber unseren Unternehmen gebunden fühlt. SPD und Grüne sollten es auch tun. Dem Ansehen der EU schaden vor allem schlecht gemachte und bürokratische Richtlinien.

2) Vorwurf „Mit der Richtlinie kann Bürokratie abgebaut werden! Wer das will, hätte auf die Vorschläge von Hubertus Heil eingehen können!“

Falsch, die Richtlinie sorgt insgesamt für eine deutlich höhere Bürokratiebelastung (breiter Anwendungsbereich, ausufernde Haftungsregelungen, deutlich höhere Anzahl betroffener Unternehmen als nach dem deutschen Lieferkettengesetz). Von einer entlastenden Wirkung kann keine Rede sein. Diese Einschätzung teilen die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft unisono. Die Entlastungsvorschläge von Bundesminister Heil enthalten Selbstverständlichkeiten, aber keine echte Entlastung.

3) Vorwurf „Die Blockade ist ideologisch motiviert! Der FDP sind Kinder- und Zwangsarbeit egal!“

Im Gegenteil! Wir haben uns aktiv in den Verhandlungsprozess eingebracht und eigene Verbesserungsvorschläge vorgeschlagen. Das Ansinnen der Richtlinie stellen wir nicht infrage. Wer sich aber mit den Details der Richtlinie befasst, erkennt schnell, dass hier der Wunsch Vater des Gedanken war. So kann man keine verantwortungsvolle Politik gestalten. Die Zeit bis zur nächsten Abstimmung wird zeigen, ob es weiter um ideologische Lippenbekenntnisse oder Sachargumente gehen soll.